Klimaschutz oder Augenwischerei? – Weltklimakonferenz in Belém – Klimaschau 240

geschrieben von AR Göhring | 17. Dezember 2025

Die diesjährige Weltklimakonferenz im brasilianischen Belém ging vor kurzem zu Ende. Es war bereits die 30. Veranstaltung der Conference of the Parties, abgekürzt COP, wie das Treffen international genannt wird. Wie bei den vorhergehenden Treffen in Baku und Dubai gab es erhebliche Kritik an den offenkundigen Widersprüchen.
Wie jedes Jahr reisten zum Beispiel Zehntausende Teilnehmer mit einer regelrechten Luftflotte zur Konferenz an – der weltweite CO2-Ausstoß dürfte daher zu Zeiten der COP ein Stück ansteigen. In Belém kam als weiterer Kritikpunkt hinzu, daß die brasilianische Regierung eigens für die Konferenz eine 13 km Autobahn durch den Regenwald baute, um einen schnellen und komfortablen Transfer der Teilnehmer vom Flughafen in die Stadt zu gewährleisten. Dafür wurden rund 100.000 Bäume gefällt, Bauern von ihrem Land vertrieben und Heilige Stätten indigener Tupinambá zerstört. Daher kam es während der Konferenz zu wütenden Protesten von Dutzenden Indiokriegern – sogar in der blauen, der inneren Zone der Veranstaltung.

Industrie-Chemikalien auf dem Acker und im Meer: Windkraft verseucht die Umwelt

geschrieben von AR Göhring | 17. Dezember 2025

Michael Poost hatte es im September bei EIKE publiziert: Eine offizielle Studie des Bundesamtes für Seeschiffahrt und Hydrologie stellte fest, daß 228 chemische Substanzen aus Windrädern freigesetzt werden – 62 davon sind bekanntermaßen schädlich.

Dieser Artikel soll eine kleine Übersicht geben, wie sehr unsere Natur durch „Erneuerbare Energien“ belastet wird – entgegen den Behauptungen der „Sonne und Wind schicken keine Rechnung“- Lobbyisten.

In der oben genannten Studie schreiben die Autoren:

> Diese Übersicht stellt eine literaturbasierte Liste potenzieller chemischer Emissionen im Zusammenhang mit OWF zusammen, die mehr als 200 organische und anorganische Schadstoffe, darunter auch Polymere, enthält. Die Verbindungen sind nach Datenquelle und Emissionsart kategorisiert.
>
> Es wurden erhebliche Lücken bei der Bewertung der Auswirkungen der Verbindungen festgestellt, darunter Herausforderungen bei der Umweltüberwachung, der numerischen Modellierung und der Bewertung der Toxizität einzelner chemischer Schadstoffe und Mischungen davon für Meeresorganismen und Menschen, die potenzielle Aquakulturprodukte aus Offshore-Windparks konsumieren.

Das Bundesamt für Seeschiffahrt und Hydrologie hat kürzlich ein Änderungsverfahren zum Flächenentwicklungsplan 2025 publiziert. Ob ein Zusammenhang mit der eigenen Entdeckung der Giftstoffe besteht? Bereits seit längerem war bekannt geworden, daß die Opferanoden zum Korrosionsschutz gegen das aggressive Salzwasser Schwermetalle freisetzen.

Auch an Land stellen Windräder eine Gefahr für Natur & Mensch dar. Neben explodierenden Rotorhäusern und abbrechenden Propellerflügeln, die in Siedlungsnähe herniedergehen, kontaminieren mikroskopische Bruchstücke Feldfrüchte. Beispiel Ende von 2024 – *Blackout news* schreibt:

> Ende September hat ein Windrad in Langenberg im Kreis Gütersloh (NRW) bei starkem Wind einen Flügel verloren. Dieser krachte zu Boden und sorgte für erhebliche Schäden. In sozialen Netzwerken kursiert ein neues Video, das die Aufräumarbeiten durch eine Spezialfirma zeigt. Besonders brisant: Die Behörden ordnen die Zerstörung von rund 200 Tonnen Mais an, da sie diesen als kontaminiert einstufen

Welche Giftstoffe können in Boden und Nahrungsmittel gelangen? Vor allem die „Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen“ PFAS, sogenannte „Ewigkeitschemikalien“, sind in der Diskussion. Sie belasten neben den menschlichen Agrarkunden auch Wildtiere wie Schweine. Die Klimanachrichten schreiben:

> Ein Proxy zum Messen von PFAS sind die Lebern von Wildschweinen.
> Sie leben das gesamte Jahr in der freien Natur und ernähren sich von dem, was sie finden.

Im waldreichen Rheinland-Pfalz lagen die Werte in Proben so hoch, dass die Lebern nicht mehr in Umlauf gebracht werden durften.
Die Kontamination könnte laut einem Bericht über Windräder passiert sind.

Strompreiskrise! von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 17. Dezember 2025

Die globale Temperatur hat sich im November weiter verringert. Die außergewöhnliche Erwärmung der Jahre 2022-23 geht deutlich zurück und erreicht nun 0,43 Grad Celsius gegenüber dem langjährigen Mittel. Der Abkühlungstrend bleibt intakt.

Die Bundesregierung versagt bei der Lösung der Strompreiskrise für die Industrie

Die Jahr für Jahr steigenden Strompreise sind eine maßgebliche Ursache für das Industriesterben in Deutschland. Das hat sich bis zur Bundesregierung herumgesprochen. Doch anstatt sich gegen die ausufernde Verteuerung der Strompreise durch die hohe CO_2-Abgabe für Kraftwerke zu wehren, wurden Kapazitäten von Braunkohle-, Steinkohle- und sogar CO_2-freien Kernkraftwerken abgeschaltet. Das Wort Kernenergie kommt in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD an keiner Stelle mehr vor. Um das Schlimmste zu verhindern, soll nun der Strompreis für die Industrie durch den Bundeshaushalt heruntersubventioniert werden.
Das soll an drei Stellen passieren: Die Stromsteuer, der Industriestrompreis und die Netzentgelte sollen gesenkt werden. Und in allen drei Fällen versagt die Bundesregierung.

Die Stromsteuersenkung bringt nichts
Die Stromsteuer soll von 2,05 €ct/kWh auf 0,05 €ct/kWh gesenkt werden. Diese Entlastung soll der Industrie und dem Gewerbe zugute kommen. Die privaten Haushalte sollen nun, anders als in der Koalitionsvereinbarung erklärt, davon nicht profitieren. Die Steuersenkung soll 3 Milliarden € ausmachen. Für die energieintensive Industrie ist das aber ein alter Hut. Denn die Ampelregierung hatte bereits im November 2023 beschlossen, dass bis Ende 2025 die Stromsteuer für die energieintensive Industrie auf 0,05 €ct/kWh gesenkt wird und hatte bereits damals schon angekündigt, dass diese Senkung weiter fortgesetzt werden sollte. Der jährliche Aufwand betrug bislang 2 Milliarden € und erhöht sich nun um 1 Milliarde durch die Einbeziehung weiterer gewerblicher Unternehmen. Die

Maßnahme ist für die energieintensive Industrie also bestenfalls ein Erhalt des *Status Quo*.
Offenbar hat aber die Regierung Merz die Konditionen für die energieintensive Industrie jedoch sogar noch verschlechtert. Nach der nun ab 1.1.2026 geltenden Regelung muss nämlich die Industrie -teilweise anders als früher – die Stromsteuer in voller Höhe von 2,05 €ct/kWh erstmal bezahlen und kann diese dann erst viele Monate später in einem bürokratischen Antragsverfahren zurückbekommen. Diese Bundesregierung ist richtig industriefreundlich und ganz groß im Bürokratieabbau. Die Liquiditätsverluste für die energieintensive Industrie machen für große Unternehmen Millionenbeträge aus, vom bürokratischen Aufwand ganz zu schweigen.

Die Senkung des Strompreises gilt nicht für die energieintensive Industrie
Schon im Juli kündigte Bundeskanzler Merz an : „Wir wollen die Stromkosten weiter senken," so der Kanzler. „Diese Bundesregierung wird mit Ehrlichkeit handeln." Im November 2025 sprach er von einem Zielpreis von 5 €ct/kWh für die stromintensive Industrie, die im internationalen Wettbewerb stehe. 5 Milliarden € sollten dafür bereitgestellt werden. Doch mittlerweile ist große Ernüchterung in den Chefetagen der stromintensiven Industrie eingetreten. Im Zentrum der Kritik steht dabei, dass ein Nachlaß von 50 % auf den Strompreis nur für die Hälfte des bezogenen Stroms gewährt wird. (s. Textziffer 120 der EU-Regelung CISAF) Bei einem heute üblichen Börsenstrompreis von etwa 10 €ct/kWh wird also ein Strompreis von 7,5 €ct/kWh erreicht. Aber zusätzlich muss die Hälfte des Rabatts durch das Unternehmen in Investitionen zur Dekarbonisierung gesteckt werden, die nicht wirtschaftlich sind. Bringt man diesen „Einbehalt" zum Abzug, werden aus den proklamierten 5 €ct/kWh 8,25 €ct/kWh. So wird aus ehrlichem Handeln (Merz) eine Mogelpackung.

Doch die größte Mogelei kommt noch. In den Veröffentlichungen der Bundesregierung wird vermieden, darauf hinzuweisen, dass die EU-Kommission eine Strompreissenkung nicht für die Industriebetriebe zuläßt, die bereits eine Strompreiskompensation bekommen. Das ist aber die überwältigende Mehrzahl der deutschen energieintensiven Unternehmen. Das sind 350 Industriebetriebe der Metall-, Papier-, Glas- und chemischen Industrie, die einen hohen Anteil an Energiekosten aufweisen und gleichzeitig im internationalen Wettbewerb stehen. Um diese nicht aus dem internationalen Wettbewerb zu werfen, hatte die EU-Kommission bereits im Jahre 2013 erlaubt, dass diesen Unternehmen bis zu 75 % der im Strompreis versteckten CO_2-Kosten erstattet werden können. (Da hiervon nicht alle Strommengen umfasst sind, kommen viele Unternehmen im Ergebnis jedoch nur auf eine Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten von 50 % und weniger). Und diese energieintensiven Betriebe dürfen nach Willen der EU-Kommission nicht noch einmal durch eine Strompreissenkung unterstützt werden. Wenn das so bleibt, bekommt die deutsche energieintensive Grundstoffindustrie keinen Pfennig von der großangekündigten Strompreissenkung. **Wie gesagt: Mogelpackung.**

Doch die größte Mogelei kommt noch. In den Veröffentlichungen der Bundesregierung wird vermieden, darauf hinzuweisen, dass die EU-Kommission eine Strompreissenkung nicht für die Industriebetriebe zulässt, die bereits eine Strompreiskompensation bekommen. Das ist aber die überwältigende Mehrzahl der deutschen energieintensiven Unternehmen. Das sind 350 Industriebetriebe der Metall-, Papier-, Glas- und chemischen Industrie, die einen hohen Anteil an Energiekosten aufweisen und gleichzeitig im internationalen Wettbewerb stehen. Um diese nicht aus dem internationalen Wettbewerb zu werfen, hatte die EU-Kommission bereits im Jahre 2013 erlaubt, dass diesen Unternehmen bis zu 75 % der im Strompreis versteckten CO_2-Kosten erstattet werden können. (Da hiervon nicht alle Strommengen umfasst sind, kommen viele Unternehmen im Ergebnis jedoch nur auf eine Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten von 50 % und weniger). Und diese energieintensiven Betriebe dürfen nach Willen der EU-Kommission nicht noch einmal durch eine Strompreissenkung unterstützt werden. Wenn das so bleibt, bekommt die deutsche energieintensive Grundstoffindustrie keinen Pfennig von der großangekündigten Strompreissenkung. **Wie gesagt: Mogelpackung.**

Netzgebühren werden unbezahlbar
Die Bundesregierung wird 2026 aus dem Klima- und Transformationsfonds, der ja von den CO_2-Abgaben der Bürger und den Unternehmen gespeist wird, 6,5 Milliarden € zur Senkung der Netzgebühren zur Verfügung stellen. Dieser Betrag wird den vier Übertragungsnetzbetreibern Amprion, Tennet, 50Hertz und Transnet BW zur Verfügung gestellt, die das überregionale Hochspannungsnetz betreiben. Ziel ist es, die durch den Netzausbau für die Energiewende steigenden Netzkosten zu dämpfen. Die Senkung ist zunächst nur für 2026 beschlossen. Doch die Jahr für Jahr überbordenden Kosten des Netzausbaus werden entweder die privaten Haushalte und die Unternehmen massiv beeinträchtigen oder den Bundeshaushalt. Nach einer Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln werden die Kosten des Netzausbaus bis 2045 732 Milliarden € betragen, 302 Milliarden € für das Hochspannungsnetz und 430 Milliarden € für die regionalen Niederspannungsnetze.

Der Anstieg der Netzkosten würde der Studie zufolge für Haushalte etwa 18 €ct/kWh betragen, für das Gewerbe 15 €ct/kWh und für die Industrie 7 €ct/kWh. Diese Beträge addieren sich auf die heutigen Netzkosten von etwa 11 €ct/kWh für Haushalte, 9 €ct/kWh für das Gewerbe und etwa 5 €ct/kWh für die Industrie. Sollten die zusätzlichen 7 €ct/kWh für die Industrie an die deutschen Industrieunternehmen durchgereicht werden, ist eine Grundstoffindustrie in Deutschland ausgeschlossen. Sollte es der Bundeshaushalt übernehmen, so steht die Finanzierung in Frage. Denn schon heute werden über die Förderung der Erneuerbaren Energien jährlich etwa 20 Milliarden € ausgegeben, so dass mit den Netzkosten ein höherer zweistelliger Milliardenbetrag Jahr für Jahr für die Energiewende aufzubringen ist. Denn die Ursache für die maßlose Netzkostensteigerung ist der Ausbau der volatilen erneuerbaren Energien. Um deren Schwankungen aufzufangen, müssen die Netze überdimensioniert werden, um Überproduktionen (Hellbrise) aufzunehmen. Bei Unterproduktionen

(Dunkelflaute) sind dann die Netze nicht mehr wirtschaftlich ausgelastet. Daher sind die ausufernden Kosten eine Folge des Ziels Deutschlands, die deutsche Energieversorgung mit 100 % volatiler Wind- und Sonnenenergie zu bewerkstelligen.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche ist zu bedauern. Sie hat die Fehlkonstruktion der Energiewende erkannt („Die Energiewende muß bezahlbar werden“), aber die SPD läßt eine Kurskorrektur nicht zu. Der E.ON-Chef Leo Birnbaum hat die Forderung nach einem Moratorium und der Abschaffung des EEG in einem Satz zusammengefasst:

> „Wir bauen Erneuerbare, die wir nicht brauchen, in ein Netz, das es nicht verträgt“
>
> (Minute 16:00 des podcast)

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, in den im November veröffentlichten und in Deutschland viel geschmähten Bericht der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA hineinzuschauen Darin macht man sich Sorgen um die Zukunft Europas. Dort findet man auch die einfache Wahrheit, daß preiswerte Energie auf Basis Öl, Gas, Kohle und Kernenergie

> „gutbezahlte Arbeitsplätze schafft, die Kosten der Verbraucher und Unternehmen reduziert, die Reindustrialisierung vorantreibt und den Vorsprung in Zukunftstechnologien wie KI sichern hilft“.

Schaut man in den deutschen Koalitionsvertrag, so werden dort als einzig neue Energietechnologie „Höhenwindkraftwerke“ erwähnt. Unsere Energiepolitik ist wirklich lächerlich geworden.

HIER:
Rundbrief/Newsletter/Monatliche Kolumne abonnieren

NEU für Mobile-Ansicht:
Rundbrief teilen über WhatsApp, Facebook, X und andere Social Media Kanäle

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt
E-Mail: Fritz.Vahrenholt@kaltesonne.de

Woher kommt der Strom? Noch´ne Dunkelflaute

geschrieben von AR Göhring | 17. Dezember 2025

48. Analysewoche 2025 von Rüdiger Stobbe

Nach einem dreitägigem Windbuckel, welcher die Dunkelflaute der vergangenen Woche beendete, kam es zu Beginn der aktuellen Analysewoche zu einer weiteren Dunkelflaute. Diese hielt zwei Tage an. Das klingt nicht viel. Wollte man allerdings neben den Stromimporten den fehlenden Strom durch Batteriespeicher ersetzen, wären Großspeicher notwendig, die die aktuelle Antragszahl von 720 GW weit übersteigen würde. Die Tragik: Auch wenn das Volumen bereits vorhanden wäre, gäbe es in den Speichern praktisch keinen Strom mehr. Die Dunkelflaute der vergangenen Woche hätte alle Speicher leergesaugt. Überschüssigen Strom, der zwischenzeitlich hätte gespeichert werden können, gab es nicht.

Der kürzlich in Betrieb genommener Großspeicher in Bollingstedt hat eine Leistung von 103,5 MW und eine Kapazität von 239 MWh. Knapp 10 (zehn!) dieser Großanlagen wären notwendig, um ein GW-Leistung zu bereit zu stellen.

> *„Die Anlage in Bollingstedt hat mit 239 Megawattstunden (MWh) fast genauso viel Kapazität wie alle bisher installierten Heimspeicher in Schleswig-Holstein zusammen. Sie könnte rund 30.000 Haushalte einen Tag mit Strom versorgen. Bezogen auf ganz Deutschland entspricht das allerdings nur dem Gesamtbedarf von 16 Sekunden.“*

Das Gerede von Batteriespeichern, die die Energiewende retten, ist und bleibt dümmliches Gerede von Leuten, die in Wahrheit gute Geschäfte machen wollen. Preisdifferenzgeschäfte und Erträge aus Netzstabilisierungsmaßnahmen. Dafür sind Großspeicher gut geeignet.

Bitte beachten Sie die Kfz-Zulassungszahlen des Monats November nach den Tagesanalysen, die Peter Hager zusammengestellt hat.

Montag, 24.11.2025 bis Sonntag, 30.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 37,6 Prozent. Anteil regenerativer Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 48,2 Prozent, davon Windstrom 34,5 Prozent, PV-Strom 3,1 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 10,6 Prozent.

- Regenerative Erzeugung im Wochenüberblick 24.11.2025 bis 30.11.2025
- Die Strompreisentwicklung in der 48. Analysewoche 2025.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Wochenvergleich zur 48. Analysewoche ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zur 48. KW 2025:

Factsheet KW 48/2025
– Chart, Produktion, Handelswoche, Import/Export/Preise, CO2, Agora-Zukunftsmeter 68 Prozent Ausbau & 86 Prozent Ausbau

- Rüdiger Stobbe zur Dunkelflaute bei Kontrafunk aktuell 15.11.2024
- Bessere Infos zum Thema „Wasserstoff“ gibt es wahrscheinlich nicht!
- Eine feine Zusammenfassung des Energiewende-Dilemmas von Prof. Kobe (Quelle des Ausschnitts)
- Rüdiger Stobbe zum Strommarkt: Spitzenpreis 2.000 €/MWh beim Day-Ahead Handel
- Meilenstein – Klimawandel & die Physik der Wärme
- Klima-History 1: Video-Schatz aus dem Jahr 2007 zum Klimawandel
- Klima-History 2: Video-Schatz des ÖRR aus dem Jahr 2010 zum Klimawandel
- Interview mit Rüdiger Stobbe zum Thema Wasserstoff plus Zusatzinformationen
- Weitere Interviews mit Rüdiger Stobbe zu Energiethemen
- Viele weitere Zusatzinformationen
- Achtung: Es gibt aktuell praktisch keinen überschüssigen PV-Strom (Photovoltaik). Ebenso wenig gibt es überschüssigen Windstrom. Auch in der Summe der Stromerzeugung mittels beider Energieträger plus Biomassestrom plus Laufwasserstrom gibt es fast keine Überschüsse. Der Beleg 2023, der Beleg 2024/25. Strom-Überschüsse werden bis auf wenige Stunden immer konventionell erzeugt. Aber es werden, insbesondere über die Mittagszeit für ein paar Stunden vor allem am Wochenende immer mehr. Genauso ist es eingetroffen. Sogar in der Woche erreichen/überschreiten die regenerativen Stromerzeuger die Strombedarfslinie.

Was man wissen muss: Die Wind- und Photovoltaik-Stromerzeugung wird in unseren Charts fast immer „oben“, oft auch über der Bedarfslinie, angezeigt. Das suggeriert dem Betrachter, dass dieser Strom exportiert wird. Faktisch geht immer konventionell erzeugter Strom in den Export. Die Chartstruktur zum Beispiel mit dem Jahresverlauf 2024/25 bildet den Sachverhalt korrekt ab. Die konventionelle Stromerzeugung folgt der regenerativen, sie ergänzt diese. Falls diese Ergänzung nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken, wird der fehlende Strom, der die elektrische Energie transportiert, aus dem benachbarten Ausland importiert.

Tagesanalysen

Montag

Montag, 24.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 33,3 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 43,2 Prozent, davon Windstrom 31,3 Prozent, PV-Strom 2,1 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 9,8 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 24. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 24.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inklusive Import abhängigkeiten.

Dienstag

Dienstag, 25.11.2025**:** Anteil Wind- und PV-Strom 13,6 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 25,4 Prozent, davon Windstrom 10,8 Prozent, PV-Strom 2,8 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 11,8 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 25. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 25.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inklusive Importabhängigkeiten.

Mittwoch

Mittwoch, 26.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 15,4 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 27,3 Prozent, davon Windstrom 12,6 Prozent, PV-Strom 2,8 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 11,9 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 26. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 26.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inklusive Import abhängigkeiten.

Donnerstag

Donnerstag, 27.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 50,6 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 60,2 Prozent, davon Windstrom 46,8 Prozent, PV-Strom 3,8 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 9,6 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie

Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 27. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 27.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inklusive Import abhängigkeiten.

Freitag

Freitag, 28.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 49,9 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 59,5 Prozent, davon Windstrom 46,6 Prozent, PV-Strom 3,3 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 9,6 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 28. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 28.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inkl. Importabhängigkeiten.

Samstag

Samstag, 29.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 45,7 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 57,0 Prozent, davon Windstrom 42,1 Prozent, PV-Strom 3,5 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 11,3 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 29. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 29.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inkl. Importabhängigkeiten.

Sonntag

Sonntag, 30.11.2025: Anteil Wind- und PV-Strom 51,3 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 61,9 Prozent, davon Windstrom 47,7 Prozent, PV-Strom 3,6 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 10,6 Prozent.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 30. November 2025 ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 30.11.2025:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO2 inkl. Importabhängigkeiten.

PKW-Neuzulassungen November 2025: Hybrid-Fahrzeuge ohne Plug-in erstmals rückläufig

von Peter Hager

Im November 2025 wurden 250.671 PKW neu zulassen, was einem kleinen Zuwachs von 2,5 % im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht.

Gegenüber dem Oktober 2025 mit 250.133 Neuzulassungen blieben diese fast unverändert.

+ Plug-in-Hybrid-PKW sowie reine Elektro-PKW (BEV) verzeichnen einen deutlichen Zuwachs im Vergleich zum schwachen Vorjahr

+ Hybrid-Fahrzeuge (ohne Plug-In) mit leichtem Rückgang

+ Rückgänge bei Fahrzeugen mit reinem Benzin- und Dieselantrieb

Antriebsarten

Benzin: 61.077 (- 21,1 % ggü. 11/2024 / Zulassungsanteil: 24,4 %)

Diesel: 29.471 (- 19,3 % ggü. 11/2024 / Zulassungsanteil: 11,8 %)

Hybrid (ohne Plug-in): 70.916 (- 4,1 % ggü. 11/2024 / Zulassungsanteil: 28,3 %)
darunter mit Benzinmotor: 56.345
darunter mit Dieselmotor: 14.571

Plug-in-Hybrid: 32.433 (+ 57,4 % ggü. 11/2024 / Zulassungsanteil: 12,9 %)
darunter mit Benzinmotor: 30.461
darunter mit Dieselmotor: 1.972

Elektro (BEV): 55.741 (+ 58,5 % ggü. 11/2024 / Zulassungsanteil: 22,2 %)

Sonstige: Flüssiggas (1.033 / Zulassungsanteil: 0,4 %)

Die beliebtesten zehn E-Modelle im Monat 11/2025

VW ID 7 (Obere Mittelklasse): 3.340
VW ID 3 (Kompaktklasse): 3.161
Skoda Elroq (SUV): 3.140
Skoda Enyaq (SUV): 2.313
Mercedes CLA (Mittelklasse): 1.985
BMW X1 (SUV): 1.940
Audi A6 (Obere Mittelklasse): 1.804
Mini (Kleinwagen): 1.668
VW ID 4/5 (SUV): 1.662
Seat Tavascan (SUV): 1.592

Zudem erreichten folgende Modelle mehr als 1.000 Neuzulassungen: Audi

Q6, Fiat 500, Seat Born, BMW 4er, BMW 5er, Ford Explorer und Tesla Model 3

Quelle1 / Quelle II

„BYD stark gefragt, Einbruch bei Tesla“, …

… so ist in einem Artikel der Tagesschau.de vom 03.12.2025 zu lesen. Weiter hieß es dort:

„Während der US-Elektroautobauer Tesla weiter an Boden in Deutschland verliert, steigen die Absätze beim chinesischen Hersteller BYD. Mehr als 4.000 E-Fahrzeuge von BYD wurden im November neu zugelassen: ein Anstieg von mehr als 830 Prozent im Vorjahresvergleich.“

Das bedarf einer genaueren Erläuterung:

Im November wurden lt. KBA von BYD insgesamt 4.026 PKW-Neufahrzeuge zugelassen. Davon waren 2.847 Plug-in-Hybrid PKW (diese sind von den EU-Importzöllen ausgenommen) und 1.179 reine BEV-PKW (Nov. 2024: 406). Zum Vergleich wurden von Tesla, das Unternehmen bietet ausschließlich BEV-PKW an, im November 2025 insgesamt 1.763 BEV-PKW neu zugelassen (Nov. 2024: 2.208).

Es ist keine Frage, dass chinesische Fahrzeuge, insbesondere kleinere, sehr preisgünstige Fahrzeuge in Zukunft in Deutschland reüssieren werden. Die geplante Förderung wird dazu beitragen. Das wird nichts an der Tatsache ändern, das trotz zweistelliger Zuwächse bei den Zulassungszahlen, die Elektromobilität nicht annähernd in die Bereiche kommt, die ursprünglich anvisiert waren (2030 = 15 Mio E-Autos auf deutschen Straßen // Stand 1/2025 = 1,65 Mio = 3,3 Prozent des Gesamtbestandes).

Quelle

Die bisherigen Artikel der Kolumne Woher kommt der Strom? seit Beginn des Jahres 2019 mit jeweils einem kurzen Inhaltsstichwort finden Sie hier. Noch Fragen? Ergänzungen? Fehler entdeckt? Bitte Leserpost schreiben! Oder direkt an mich persönlich: stromwoher@mediagnose.de. Alle Berechnungen und Schätzungen durch Rüdiger Stobbe und Peter Hager nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewähr.

Städtischer Wärmeinsel-Effekt: Grund

für die „Erderwärmung“? – Klimawissen – kurz & bündig

geschrieben von AR Göhring | 17. Dezember 2025

No. 66 – UHI, der „Urban Heat Island“ Effect, heizt die weltweit wachsenden Siedlungen immer mehr auf. Ist er der wahre Grund für weltweit angeblich steigenden Temperaturen?
Moderne Siedlungen mit Industrietechnik besitzen Heizungen, Bodenleitungen, Klimaanlagen – und schlicht viele Steinfassaden, die sich in der Sonne ordentlich aufheizen und die Wärme nach und nach abgeben. Dieser „Wärmeinsel-Effekt“ ist altbekannt, wird in der UN- oder EU-Klimapolitik und -Wissenschaft aber ungern erwähnt.

Quellen im Video: Städtischer Wärmeinseleffekt
https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimawirk/stadtpl/projekt_waermeinseln/projekt_waermeinseln_node.html

Interaktive Karte UHI
https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimawirk/stadtpl/projekt_waermeinseln/sksm/sksm_node.html